

Massenzuwanderung

STOPP

Die Interessen des Landes haben Vorrang

Von Josef Feldner



Tausende Flüchtlinge sitzen Anfang März an der Grenze zu Mazedonien fest. Alle wollen nach Deutschland. Mama Merkel hilf! Angelockt von falschen Versprechungen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Hoffnungen, die sich nur für die Wenigsten erfüllen werden.

Die klare Position des Kärntner Heimatdienstes

- Flüchtlings-Obergrenze ist nur ein erster Schritt
- Attacken der EU und anderer Staaten gegen Österreich sind scharf zurückzuweisen!
- Die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort und der Schutz der EU-Außengrenzen müssen oberste Priorität haben.
- Milliardenhilfe der EU (neuer „Marshallplan“) aber auch der USA und Saudi-Arabien für Menschen in

Kriegsgebieten und für Flüchtlinge in Anrainerstaaten ist unerlässlich. Nur damit kann die Massenzuwanderung nach Europa gestoppt werden.

- Der KHD verurteilt Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht.
- Eindämmung des Flüchtlingsstroms heißt nicht totale Grenzschließung für Asylsuchende.
- Ja zu interkulturellem Dialog mit Muslimen.

Die Interessen des eigenen Landes und seiner Menschen ohne Aggressivität nach außen an die Spitze stellen:
DAS IST HEIMATDIENST!

Vom KHD-Vorstand einstimmig beschlossen am 19. Februar 2016

APPELL an die Bundesregierung

(Ein Auszug)

Lesen Sie den ungekürzten Text auf unserer Internetseite www.khd.at

Seit Mitte des Vorjahres bewegt sich ein bis vor kurzem nahezu ungebremsster Flüchtlingszustrom aus dem Nahen Osten und anderen Teilen der Dritten Welt nach Europa. Als Ergebnis einer Monate hindurch weltweit verkündeten Willkommenskultur konzentriert sich diese Massenzuwanderung bis heute weitestgehend auf Deutschland und Österreich.

Einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge, werden die Kosten für die bis 2017 erwarteten 2,2 Millionen Migranten Deutschland rund 50 Milliarden Euro betragen. Für Österreich könnten die Kosten im Verhältnis zur Einwohnerzahl Deutschlands etwa 5 Milliarden Euro umfassen.

Dem muss Einhalt geboten werden. Die Eindämmung einer massenhaften und unkontrollierten Zuwanderung liegt im Interesse jedes souveränen Staates, somit auch Österreichs.



Die Position des Kärntner Heimatdienstes

Der Kärntner Heimatdienst hat sich in seinem Vereinsprogramm verpflichtet, ganz besonders um die Erhaltung der territorialen, der sozialen und der ökonomischen Integrität unserer Kärntner Heimat im Verbund mit Österreich in einem friedlich vereinten Europa bemüht zu sein.

Das schließt ein Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot ebenso wenig aus wie die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben und zum interkulturellen Dialog mit legal in

unser Land eingewanderten Menschen auch aus anderen Kulturkreisen.

Wir erwarten jedoch Verständnis dafür, dass wir vorrangig um das Wohl unserer eigenen Bürger und um das Wohl unserer kommenden Generationen bemüht sein müssen.

In diesem Sinne appellieren die Mitglieder des KHD-Vorstands an die Bundesregierung, solidarisch mit anderen europäischen Staaten unter strikter Beachtung christlicher Grundregeln der Humanität, der Menschenrechte, aber insbesondere auch der österreichischen und europäischen Rechtsordnung, unsere nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

Die Forderungen an die Bundesregierung

1. Das Bemühen um nachhaltige Eindämmung der Massenzuwanderung muss oberste Priorität haben. Die Festsetzung einer Obergrenze kann nur ein erster Schritt sein und genügt keineswegs.

Eine lange Zeit signalisierte Bereitschaft, alle Flüchtlinge aufzunehmen, gefährdet nicht nur den Lebensstandard



und das Sozialsystem der eigenen Bevölkerung in dramatischem Ausmaß, sie ist auch höchst inhuman gegenüber den

Migranten, zumal sie Hoffnungen weckt, die nicht erfüllt werden können.

2. Die ehestmögliche und lückenlose Sicherung der EU-Außengrenzen muss im Interesse aller 28 EU-Staaten liegen. Ein gemeinsames Bekenntnis dazu wäre dokumentierte europäische Einigkeit.

Mit einer effizienten Grenzsicherung nach außen, hätte das Sterben im Mittelmeer endlich ein Ende. Kontrollen an den EU-Binnengrenzen werden dann entbehrlich und Schengen bleibt bestehen.

Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, ist dem lückenlosen Schutz der EU-Außengrenzen höchste Priorität einzuräumen.



Noch ist der Schutz der EU-Außengrenzen durch FRONTEX völlig unzulänglich.

Mit einem uneingeschränkten Bekenntnis aller 28 EU-Staaten zur Notwendigkeit und ausreichenden Finanzierung des Einsatzes aller zum wirksamen Grenzschutz angemessenen Machtmittel, würde darüber hinaus eine mehr denn je erforderliche Einigkeit der Europäischen Gemeinschaft dokumentiert werden.

3. Parallel zur Sicherung der EU-Außengrenzen hat die Bekämpfung der Fluchtursachen absoluten Vorrang.



Die Bundesregierung hat gegenüber der EU und den Vereinten Nationen sowie im Rahmen der außenpolitischen Kontakte, vorrangig und mit Nachdruck alle Initiativen zu unterstützen, die auf die Beendigung des Krieges in Syrien und in den anderen Kriegsgebieten abzielen.

4. Die Finanzierung neuer Flüchtlingslager in Krisenraanstaaten bzw. international garantierten Sicherheitszonen in kriegsnahen Gebieten, soll die Abwanderung Hunderttausender nach Europa unterbinden. Neuer „Marshallplan“ für Wiederaufbau in Syrien gefordert. Milliardenhilfe ist vor allem auch von den USA, den reichen Golfstaaten und von Saudi-Arabien einzufordern.

Um ein weiteres Abwandern von Hunderttausenden Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten nach Europa zu unterbinden, sind in sicheren Krisenraanstaaten



Kinder in einem jordanischen Lager.

menschenwürdige Lager mit massiver finanzieller Hilfe der EU zu errichten. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble forderte beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos „zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und zum Wiederaufbau der Krisenländer im Nahen Osten einen Marshallplan der EU“. Mit Milliardensummen in die Herkunftsländer der Flüchtlinge und in die Nachbarstaaten könnte der Druck auf die EU-Außengrenzen verringert werden, betont Schäuble.

Zur Hilfe müssen auch die Zivilgesellschaft und die Bevölkerung aller Staaten insgesamt aufgerufen werden. Der KHD ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat mit einer Spende von 1.500 Euro über „World Vision Österreich“ ermöglicht, 100 syrische Flüchtlingskindern vor Ort einen Monat lang mit Essen zu versorgen.

5. Den neuen Flüchtlingen mit Asylstatus sind strenge Pflichten aufzuerlegen. Grundwerte sind nicht verhandelbar. Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sind konsequent abzuschieben.

Jeder anerkannte Asylant muss zur Integration bereit sein und sich zu unseren Grundwerten bekennen. Bei Nichtbeachtung muss die Mindestsicherung gekürzt und allenfalls zur Gänze gestrichen werden.

6. Asylberechtigte aus den Kriegsgebieten sind verstärkt und gezielt auf eine Rückkehr nach Kriegsende in ihre Heimat vorzubereiten. Milliardenbeträge für Flüchtlinge in Europa könnten umgeleitet werden und den Menschen in Syrien zu Gute kommen.

Da Österreich generell nur noch „Asyl auf Zeit“ gewährt, sollten Flüchtlinge aus Syrien, vor allem jene, die nicht bereits in unseren Arbeitsmarkt integriert sind, nach Wegfall der Fluchtgründe auf eine Rückkehr in ihre Heimat zum Wiederaufbau und zur Friedenssicherung vorbereitet werden.



Ein brennendes Flüchtlingsheim in Deutschland. Bild zum Beitrag „Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Flüchtlinge“ aus „Süddeutsche Zeitung“.

7. Der Kärntner Heimatdienst ist gegen Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. JA zu interkulturellem Dialog mit Muslimen. Jene Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten die vor dem IS-Terror geflohen sind, haben Schreckliches erlebt. Diese bedauernswerten Menschen auch noch pauschal zu verdächtigen, ist völlig unangebracht.

Aus diesem Grund tritt der Kärntner Heimatdienst Pauschalverurteilungen und Generalverdacht entschieden entgegen.

Der Kärntner Heimatdienst will in der Flüchtlingsfrage nicht abseitsstehen und ist in der Kärntner Konsensgruppe zum interkulturellen Dialog mit Muslimen bereit.

Auf die anfängliche Euphorie folgte der Katzenjammer. Ein Rückblick

Willkommenspolitik trat Lawine los



Angela Merkel wiederholte ihren Ausspruch auch noch Ende Februar 2016 bei einer ARD-Talkshow in Berlin.

„Wir schaffen das“. Mit dieser optimistischen Aussage, verbunden mit der Zusage, Deutschland könne auch in Zukunft allen Verfolgten Zuflucht bieten, hat Deutschlands Bundeskanzlerin **Angela Merkel** einen im Sommer 2015 in voller Wucht einsetzen- den Massenansturm von Schutzsuchenden aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten auf Deutschland und im Gefolge damit auch auf Österreich ausgelöst.

Sie hat damit eine Einladung an alle Verfolgten ausgesprochen, bevor sie sich vergewissern konnte, ob sich auch die anderen EU-Staaten an der gerechten Aufteilung des zu erwartenden Massenzuzugs beteiligen würden und obwohl sie über die völlig

unzulängliche Ursachenbekämpfung der EU zur Beendigung des Krieges im Nahen Osten und über die weitgehend ungesicherte EU-Außengrenze Bescheid wusste.

Und sie hält bis heute an ihrer Willkommenspolitik fest, obwohl sogar ihr Koalitionspartner, die bayerische CSU diese Politik als gescheitert betrachtet.

Im Sommer 2015 wurden die Flüchtlinge noch bejubelt

Obwohl es sich schon vor einem halben Jahr abgezeichnet hat, dass der Flüchtlingsstrom nicht abreißen, sondern auch noch weiter anwachsen wird, obwohl sich vor allem die mittelosteuropäischen EU-Staaten, die sogenannten „Visegrad-Staaten“, bereits entschieden gegen eine gerechte Aufteilung von Flüchtlingen ausgesprochen hatten, obwohl somit gewaltige auf uns zukommende Probleme vorprogrammiert waren, wurden die Flüchtlinge, die Merkel Anfang September aus Ungarn zum Kommen einlud, in Österreich und im Zielland Deutschland geradezu euphorisch begrüßt.

Unterstützt von einem Großteil der Medien, schlug den Flüchtlingen von Hilfsorganisationen und von Freiwilligen aus der Bevölkerung eine Welle von Sympathie entgegen. Auf den Bahnhöfen in München und auch in Wien bildeten jeweils

Tausende Menschen ein Spalier, um die ankommenden Flüchtlinge zu beklatschen und zu bejubeln. Es war eine Stimmung, wie man sie in deutschen Städten nur im Zieleinlauf eines Städtemarathons erlebt, schrieb das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Anfang September.

Die BILD-Zeitung, das auflagenstärkste Massenblatt Deutschlands, titelte in Balkenlettern **„Wir helfen. Keiner darf abseitsstehen.“** Diesen Aufruf begründete die BILD-Zeitung mit dem Hinweis, dass „Deutschland in diesem Jahr 800.000“ auf der Flucht vor Krieg befindliche Menschen aufnehmen werde. Damit solle ein „Zeichen über unsere Grenzen“ gesetzt werden, dass alle Verfolgten auch in Zukunft „auf unsere bedingungslose Hilfe vertrauen können“.

Dass tatsächlich weit mehr als 1 Million nach Deutschland strömten, ohne dass ein Ende abzusehen ist, konnten die BILD-Euphoriker damals noch nicht wissen.

Auf die Euphorie folgten sehr bald Zweifel

Wenige Wochen nach dem den einreisenden Flüchtlingen entgegengebrandeten Jubel Zehntausender in Deutschland und Österreich, demonstrierten Asylwerber in Berlin wie in vielen anderen Städten „gegen unzumutbare Zustände in Flüchtlingsheimen“

Schon eine Woche nach dem bejubelten Flüchtlingseinzugs marsch titelte „Der Spiegel“: **„Auf den Rausch folgt der Zweifel. Die Belastungen für Schulen, Arbeitsverwaltung, Wohnungsmarkt sind unabsehbar – und die Asylbewerberzahlen dürften weiter steigen.“**

Dazu bietet „Der Spiegel“ dem bayerischen CSU-Chef **Horst Seehofer** Raum zur Feststellung:

„Das war ein Fehler die Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland zu winken. Wir kommen bald in eine nicht mehr zu beherrschende Notlage“.



Wie hier in Frankfurt wurden auch auf den Bahnhöfen in München, Wien und anderswo die angekommenen Flüchtlinge von Tausenden Menschen frenetisch bejubelt.



Asylwerber demonstrieren in Berlin wegen angeblich zu kalten Flüchtlingsheimen.

Und „Der Spiegel“ zeichnet ein düsteres Szenario:

„Bei alldem was heute geschieht und sich auswirken wird auf Jahrzehnte, auf Generationen: alldem, was das Land jetzt bewegen, erschüttern wird, seinen Zustand, seinen Wohlstand, sein Selbstverständnis – bei alldem stellt sich die Frage: Schaffen wir die Krise, oder schafft die Krise uns?“

Die anfängliche Begeisterung ist inzwischen verflogen und einer realistischen Beurteilung gewichen

Inzwischen hat sich in der breiten Masse längst die Erkenntnis durchgesetzt, dass Deutschland und schon gar nicht das kleine Österreich, nicht jedem auf der Flucht vor Krieg befindlichen Menschen Asyl bieten kann. Mehr und mehr werden Interessen des eigenen Landes wieder an die Spitze gestellt und Maßnahmen zum Schutz des eigenen Territori-

ums, sei das der Einsatz von Militär oder die, hoffentlich nur vorübergehende, Errichtung von Barrieren an den Grenzen, nicht mehr verteufelt, wie noch vor einem halben Jahr.

Dass hat mit Inhumanität nichts zu tun. Es wäre ganz im Gegenteil gegenüber Immigranten inhuman, wenn man ihnen bei überbordender Massenzuwanderung keine Arbeit und auch kein Mindestmaß an Lebensqualität bieten kann und damit Immigranten mit hochfliegenden Erwartungen brutal auf den tristen Boden der Realität zurückführen muss.

Das alles muss Europa und damit uns alle zwingen, Grenzen zu setzen, im Interesse unserer Zukunft, aber auch im Interesse Hunderttausender mit falschen Versprechungen irreführter Flüchtlinge.

Wann wird auch Angela Merkel endlich die Realität erkennen?

Obwohl es die unvermindert alle Dimensionen sprengende Flüchtlingskatastrophe zur Überlebensfrage macht Grenzen zu setzen, hält Angela Merkel an ihrer wahnwitzigen Vorstellung, keinen in Deutschland Schutz Suchenden abweisen zu dürfen, bis heute unbeirrt fest, wie sie erst Ende Februar in einem ARD-Interview betont hatte.

Und sie hält daran fest, obwohl ihr auch der Koalitionspartner, die bayerische CSU mit Horst Seehofer an der Spitze in der Flüchtlingskatastrophe die Gefolgschaft aufgekündigt hat und obwohl sie damit auch in der Mehrheit der deutschen Bevölkerung keine Unterstützung findet, wie ihre rasant schlechter gewordenen Umfragewerte zeigen.

Das Ergebnis der drei Landtagswahlen lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

36.000 Euro Flüchtlingshilfe pro Jahr statt Arbeit. Da läuft was schief!

Wie ein Flüchtling mit Frau und vier Kindern ohne arbeiten zu müssen das Doppelte dessen verdienen kann als mit einem Job als Hausmeister, rechneten kürzlich die „Salzburger Nachrichten“ (SN) vor. Wir zitieren auszugsweise:



Einer christlich-syrischen Familie vermittelte der Salzburger Hotelier und Nationalrat der Neos, Sepp Schellhorn, eine Gratiswohnung und stellte den Mann um 1.900 Euro brutto im Monat als Hausmeister an.

Bei einem Besuch in Wien wurde dem Flüchtling vorge-rechnet, dass er mit seiner Frau und vier Kindern in der Bundeshauptstadt ohne arbeiten zu müssen 3.000 Euro monatlich erhalten würde, somit 36.000 Euro pro Jahr.

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 25.600 Euro Mindestsicherung, 3.725 Euro für Deckung des Wohnbedarfs, 6.800 Euro Familienbeihilfe und 3.910 Euro verschiedene Absatzbeträge.

Der Mann kehrte seinem Mentor den Rücken, kündigte

und zog nach Wien. Job hat er jetzt zwar keinen mehr, aber mehr Geld ...

Wer solche leistungsfeindliche Rahmenbedingungen schafft, macht sich schuldig an der Aushöhlung des Sozialgedankens. Er macht sich schuldig an der anschwellenden Debatte über Sozialschmarotertum. Und er hat die schleichende Unterwanderung jeglicher Solidarität mit zu verantworten.

Integration wird auch dadurch gefördert, dass man Hilfsbedürftigen unsere Werte vermittelt. Dazu gehört auch der Gedanke, dass sich Leistung lohnt. Hier ist das Gegenteil der Fall.

Der Sozialstaat Österreich ist aus dem Gleichgewicht geraten, heißt es abschließend in den SN.

EU hat in der Flüchtlingskrise total versagt



Der Flüchtlingsstrom ist im Vorjahr nicht wie ein plötzliches Gewitter auf Europa hereingebrochen. Wie der türkische Botschafter in Wien in einem KURIER-Interview am 7. März richtig gesagt hat, besteht das Flüchtlingsproblem bereits seit fünf Jahren, seit der Syrienkrieg ausgebrochen ist. Der Aufbruch Hunderttausender nach Europa war somit ganz klar vorhersehbar. Nur, die EU hat sich nicht darauf vorbereitet und konnte somit auch nach Beginn des Massenzustroms auf Europa nicht gegensteuern.

Viele Absichtserklärungen, jedoch keine Umsetzung

In Reaktion auf den im August 2015 erstmals dramatisch anschwellenden Massenzustrom von Flüchtlingen kritisierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lediglich die Negativhaltung eines Teils der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen, anstatt den besorgten Menschen das Gefühl zu geben, sie in der Krise nicht allein zu lassen.

Auf einen von Außenminister Sebastian Kurz bereits Ende August in Brüssel vorgelegten Fünf-Punkte-Plan, reagierte die EU mit dem Hinweis auf ein EU-Treffen Mitte November(!) zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Das, obwohl der Plan dringende und unaufschiebbare Maßnahmen hinsichtlich effizienten Schutz der EU-Außengrenze, Einrichtung von Asylzentren außerhalb der EU, Bekämpfung des Schlepperunwesens und gerechte Aufteilung von Asylanten enthalten hatte.

Erst geraume Zeit danach hat Brüssel die Forderung nach einer gerechten Aufteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten erhoben.

Die im sogenannten „Juncker-Plan“ beschlossene Verteilung von 160.000 Flüchtlingen auf alle EU-Staaten scheiterte jedoch am Widerstand einiger mittelosteuropäischer Länder und konnte bis heute nicht durchgesetzt werden.

Auch die so notwendige Rückführung von Flüchtlingen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, wird von der dafür zuständigen EU-Einrichtung FRONTEX nicht wahrgenommen. Außerdem gelingt es nicht, neue Rückführungsabkommen zu schließen, wie Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil jüngst kritisierte.

Kommissionspräsident Juncker lapidar: „Wir schaffen das. Aber es wird dauern.“

In einem Interview für die deutsche BILD-Zeitung würdigt

Kommissionspräsident Juncker am 17. Februar Kanzlerin Angela Merkel und prophezeit:

„Die von ihr und mir vertretene europäische Flüchtlingspolitik wird sich durchsetzen. Es ist politische Führungskraft zu sagen: Wir schaffen das. Alles andere ist Kapitulation vor den Populisten.“

Das sagt ausgerechnet ein Mann aus der EU-Führungselite, dem es angesichts von rund 1,5 Millionen Flüchtlingen,



Juncker und Merkel

die in einem Jahr nach Europa geströmt sind, nicht gelingt, auch nur 160.000 hievon auf die EU-Länder aufzuteilen.

Auf die Frage, ob er an eine Bewältigung der Flüchtlingskrise glaubt, findet er nur eine lethargische Antwort:

„Ja es wird dauern, bis alle Maßnahmen, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten in Europa beschlossen haben, greifen.“

Dieser EU-Repräsentant hat anscheinend alle Zeit der Welt, währenddessen Tag für Tag weitere Tausende Flüchtlinge in die EU einsickern.

Dennoch: JA zum Vereinten Europa

Die heftige und durchaus berechtigte Kritik an der Europäischen Union ist für den Kärntner Heimatdienst keine Absage an den schon bald nach Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ entwickelten Gedanken eines vereinten Europa als Friedensgemeinschaft. Das hat der Kärntner Heimatdienst auch in seinem Vereinsprogramm mit dem Bekenntnis zu einem „friedlich vereinten Europa der Vaterländer“ verankert. Ein Bekenntnis des KHD zur personell und strukturell dringend zu reformierenden EU als Friedens-, Wirtschafts- und Solidargemeinschaft mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik schließt nicht den Verzicht auf staatliche Souveränität ein. Nationale Interessen an die Spitze zu stellen, sofern diese nicht fundamentale Interessen der anderen Mitgliedstaaten verletzen, ist für den KHD ein besonderes und unverzichtbares Anliegen.

Österreich wehrt sich!



Österreich hat neben Deutschland und Schweden die meisten Flüchtlinge von allen 28 EU-Staaten aufgenommen. Angesichts dessen sind die Angriffe gegen unser Land aus Brüssel und Berlin schärfstens zurückzuweisen.

Ein Blick zurück auf die Willkommenspolitik der SPÖ. Abkehr erst Anfang 2016

Der Mitte vergangenen Jahres massiv eingesetzten Massenzuwanderung stand die Regierung weitestgehend hilflos gegenüber. Das wurde in parteiunabhängigen Blättern auch massiv kritisiert.

Besonders scharf mit der Kanzlerpartei ging Andreas Koller am 15. Februar in den „Salzburger Nachrichten“ (SN) ins Gericht, der er ebenso wie der EU in der Migrationspolitik, „Zynismus, Heuchelei und Hilflosigkeit“ vorwirft. Koller wörtlich:

„Noch vor wenigen Monaten übte Bundeskanzler Werner Faymann heftigste Kritik an Ungarn, weil die böse Regierung Orban die Grenze zu Serbien mit einem Zaun abschnitt. Zäune dürfe man nicht gegen Kriegsflüchtlinge errichten, dozierte damals der Kanzler mit erhobenem Zeigefinger. Heute schottet sich Österreich gegenüber seinen Schengen-Nachbarn Slowenien und Italien mit Zäunen ab ...

Als Wiens Bürgermeister Michael Häupl wenige Tage vor der Gemeinderatswahl eine Flüchtlingsunterkunft besuchte, jubelte die Rathauskorrespondenz: „Mit seinem Besuch wollte Häupl die Willkommenskultur, die es in dieser Stadt gibt, nochmals unterstreichen.“

Im Jänner hieß es in der „Krone“: Der Wiener Bürgermeister sei „weit weg von jeder Willkommenskultur“.

Im Gegensatz dazu, so die SN, war die ÖVP schon im September „in der Realität angekommen“. Parteichef Reinhold Mitterlehner habe damals schon in einem SN-Interview vor einem „in Massen erfolgenden Zuzug gewarnt“. Bundeskanzler Faymann sonnte sich, so die SN, zu diesem Zeitpunkt „noch in der trügerischen Sicherheit, dass Mutti Merkel das Flüchtlingsproblem schon für uns lösen werde“.

Soweit Andreas Koller in seinem SN-Beitrag „Wohin uns die hilflose Politik führte“.

Neben Reinhold Mitterlehner war auch Außenminister Sebastian Kurz schon im Sommer 2015 für eine „Reduzierung des ungehinderten Zustroms von Menschen“ und präsentierte im November gemeinsam mit Univ.-Prof. Heinz Faßmann einen Integrationsplan mit 50 konkreten Vorschlägen.

Fakt ist, dass ein Großteil der Vorschläge bis Ende Februar nicht realisiert wurde und dass auch ein von der FPÖ bereits im August für „Anfang

Bis vor wenigen Wochen schien die Regierung in der Flüchtlingsfrage wie gelähmt zu sein. Es war keine klare Position zu erkennen. Bundeskanzler Faymann fungierte als „Beiwagerl“ der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Das hat sich geändert. Mit der Festsetzung einer Obergrenze hat die Regierung einen wichtigen ersten Schritt gesetzt. Zusätzlich erfreulich: Völlig absurde Attacken aus Brüssel und Berlin werden nicht mehr einfach hingenommen, sondern stoßen in Wien auf Widerstand!



2016“ angekündigtes Volksbegehren mit dem Titel „Österreicherinnen und Österreicher zuerst“ im Sande verlaufen ist.

Auf die Festsetzung von Obergrenzen folgte ein Sturm der Entrüstung in Brüssel und Berlin

Die von der Regierung am 19. Februar in Kraft gesetzte Obergrenze von 37.500 Flüchtlingen für 2016, die Annahme von täglich maximal 80 Asylanträgen an der Grenze sowie die Begrenzung auf 3.200 Personen, die täglich nach Deutschland durchgelassen werden, bedeutete die erstmals dokumentierte Abkehr von einer Willkommenspolitik.

Mit diesen Schritten und mit dem wenig später abgeschlossenen Pakt mit den Westbalkanstaaten, hat die Regierung endlich auch konkrete Schritte zur Eindämmung des Flüchtlingszustroms gesetzt, auch wenn diese Maßnahmen nur ein erster Schritt in Richtung „Stopp der Massenzuwanderung“ sein können.

Unmittelbar darauf setzte ein Kesseltreiben gegen Österreich ein.

Kommissionspräsident Juncker warf Österreich Verletzung des EU-Rechts vor. Der griechische EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos erklärte in einem wirren Brief an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner so gut wie alle gesetzlichen Maßnahmen für ille-



Fortsetzung umseitig

gal. Griechenland sah sich sogar veranlasst, seine Botschafterin aus Wien zurückzuberufen. Und schließlich reihte sich auch Angela Merkel in den Kreis der Österreich-Kritiker ein.

Österreich wehrt sich

Erfreulich, dass sich Österreich fast geschlossen gegen die ungerechtfertigten Angriffe zur Wehr setzte. Parallel zur medialen Zurückweisung, erfolgte auch eine scharfe Reaktion seitens der Politik.

Zu den Angriffen wegen der von Wien einberufenen Westbalkan-Konferenz bezog neben einer Reihe anderer Zeitungen der Grazer Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, Hubert Patterer entschieden Position. Es sei „*diplomatische Notwehr Österreichs, eine Selbstermächtigung, die das quälende Nicht-Handeln durchbricht*“. Es sei zu hoffen, dass der von Österreich aufgebaute Druck eine Lösung beim EU-Gipfel erzwingen helfen, dass Griechenland endlich die Kontrolle der Seegrenzen in die Hand nehmen müsse und Angela Merkel aus der „Sackgasse ihrer Willkommenskultur“ genötigt werde.

Bundeskanzler Werner Faymann verkündete, „beim Asylkurs hart zu bleiben“, Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil wirft ebenso wie Vizekanzler Reinhold Mitterlehner der EU-Kommission Versagen vor.

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner kritisiert Griechenland, das die EU-Außengrenze nicht schützen könne.

EU-Sondergipfel mit der Türkei brachte noch nichts Konkretes

Auch wenn beim Sondergipfel am 7. März die hochgesteckten Erwartungen nur zum Teil erfüllt und lediglich Eckpunkte beschlossen wurden, sieht Österreichs Polit-Spitze das Treffen dennoch als Erfolg, zumindest was die geforderte Schließung der Westbalkanroute anbelangt. Das, obwohl man sich nur auf den Passus: „Irreguläre Ströme entlang der Balkanroute müssen nun enden“ einigen konnte.

Die Eckpunkte:

- 6 Milliarden Euro bis Ende 2018 für die Betreuung von Flüchtlingen in der Türkei.
- Eine völlige Visa-Liberalisierung bis Ende dieses Jahres
- Rückführung aller Migranten, die unerlaubt aus der Türkei auf griechische Inseln übersetzen.
- Für jeden syrischen Flüchtling aus Griechenland zurück in die Türkei, nimmt die EU einen syrischen Flüchtling aus der Türkei auf.
- Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen.

Die ersten bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe vorliegenden Kommentare waren überwiegend skeptisch. Grundtenor: Die Leistungen an die EU würden bei weitem deren Gegenleistung übertreffen.

Wenige Tage nach dem Sondergipfel schlossen Serbien, Mazedonien, Kroatien und Slowenien ihre Grenzen

KRONE BUNT berichtet über einen revolutionären gesellschaftlichen Wandel

Der Nahe Osten: Vom Minikleid zur Burka

Die angesehene Nahost-Expertin Karin Kneissl zeigt in KRONE BUNT am 7 Februar 2016, auf, „wie den Menschen im Nahen Osten – vor allem den Frauen – innerhalb von 50 Jahren Lebensfreude und westlicher Lebensstil ausgetrieben wurde. Diese Bilder sagen mehr als tausend Worte.

Afghanische Studentinnen 1972 in Kabul ...



Afghanistan



... Miniröcke verschwanden, Burkas kamen.

Modeschau in Kairo. Die heutige ...

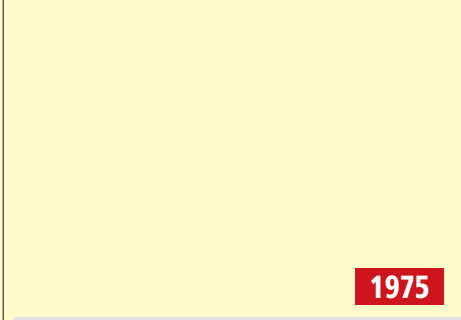


Ägypten



... Generation setzt auf Kampf und Kopftuch.

Der Schah von Persien in St. Moritz ...



Iran



... Verschleierte im Iran. Seit kurzem öffnet sich das Land.

Flüchtlingskatastrophe im Überblick

Zitate, Kommentare, Fakten



Die Flüchtlingskatastrophe ist seit fast einem Jahr das Spitzen-thema in Europa. Aus der täglichen Flut von Berichten in der Presse, im Fernsehen, im Radio und über die sozialen Netze, aus Kommentaren von Journalisten, von Experten und Politikern, haben wir nachfolgend nur einen Bruchteil zur Veröffentlichung ausgewählt, ohne damit eine Reihung nach Wichtigkeit oder Dringlichkeit vorzunehmen.

Wer gilt völkerrechtlich als „Flüchtling“?

- „Die ‚Genfer Flüchtlingskonvention‘ unterscheidet ganz klar zwischen einem ‚Flüchtling‘ als persönlich Verfolgten und einem ‚Vertriebenen‘, der wegen eines gewaltsamen Konflikts sein Land verlassen hat. Nur ein persönlich Verfolgter gilt somit als ‚Flüchtling‘ mit Recht auf Asyl, ein ‚Vertriebener‘ nicht. Österreich gewährt dennoch einem Großteil der bei uns asylsuchenden Syrer Asyl, ohne rechtliche Verpflichtung, nur aus humanitären Gründen.“

Der Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger in der **KLEINEN ZEITUNG** am 29. Jänner 2015

Demokratische Grundwerte sind nicht verhandelbar

- „Grundwerte, wie Religion und Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Mann und Frau, die Freiheit des Individuums oder der Respekt vor Andersgläubigen und Andersdenkenden, sind unverrückbar und müssen von Beginn an auch jenen Menschen vermittelt werden, die bei uns eine neue Heimat suchen ...
... Die Bereitschaft, das Christentum zu leben und über den Glauben auskunftsfähig zu sein, sind Voraussetzungen für den Dialog mit den Muslimen.“

Diözesanbischof Alois Schwarz in der **KÄRNTNER KRONE** am 11. Oktober 2015

Der kulturelle Unterschied als Integrationsproblem

- „Die Schwierigkeiten nehmen zu, je rascher, massiver und ungeordneter die Einwanderung aus anderen Kulturkreisen erfolgt. Millionen Migranten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan sind von religiösen und politischen Kulturen geprägt, deren zivilisatorischer Bankrott das blutige Chaos im Nahen Osten und die Flüchtlingskatastrophe verursacht hat. Zugleich steigt die Anziehungskraft extremistischer Positionen. Auf beiden Seiten erwachsen der offenen Gesellschaft neue Feinde.“

Karl-Peter Schwarz in der **FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG**, 2. Februar 2016

- Die neue Völkerwanderung ist nicht mit den Flüchtlingswellen der Vergangenheit zu vergleichen ... Die Sorgen

vor Überfremdung kann man nicht mit moralischen Appellen entkräften.

Hans Winkler in der **KLEINEN ZEITUNG** am 20. September 2015



In Berlin waren Anfang Februar 2016 13.800 Flüchtlinge in Hallen untergebracht. Nun sucht Berlin Unterbringungsmöglichkeiten in angemieteten Hotels.

18.000 Euro je Flüchtlingsbett in Berlin?

- Die Unterbringung der mehr als 1 Million neuen Flüchtlinge, die im Vorjahr nach Deutschland gekommen sind, bringt neben den bis 2017 prognostizierten Kosten von horrenden 50 Milliarden Euro auch gewaltige Raumprobleme.
Über ein Berliner Großprojekt in unvorstellbarem Umfang berichtet die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (F.A.Z.)** am 2. Februar 2016:
- „Der Berliner Senat verhandelt mit einer Hotelkette über die langfristige Anmietung von 10.000 Hotelplätzen für Flüchtlinge. Es geht um 22 Hotels der Gesellschaft **Grand City Hotels (GCH)**, deren Eigentümer eine Gruppe von israelischen Unternehmern ist.
... Nach Informationen der F.A.Z. verlangt der Anbieter je Platz und Nacht eine Miete von 50 Euro, also etwa 1.500 Euro im Monat und 18.000 Euro jährlich. Auch ein „All inclusive“ Programm für die Betreuung und Integration werde angeboten. ...
Für den Hotelbetreiber ist die Vermietung als Flüchtlingsunterkunft attraktiv, weil er vom Senat eine Auslastung von 95 Prozent garantiert bekäme. ...
Eine Senatssprecherin reagierte überrascht auf die Anfrage der F.A.Z. zu den bislang geheimen Verhandlungen. „Das ist nicht öffentlich“, sagte sie.
Gesamtvolumen des Asyl-Mietvertrages: 600 Millionen Euro.“

Der Kärntner Heimatdienst bekennt sich auch zu einem interkulturellen Dialog

An einem Dialog mit zugewanderten Muslimen führt kein Weg vorbei



Die Berliner Sehlik-Moschee soll auch ein Ort der Begegnung für Muslime mit Nichtmuslimen sein.

Erste Voraussetzung ist die uneingeschränkte Respektierung unserer Werte

Es ist eine weit verbreitete Meinung, auch unter jenen Bürgern, die Neuzuwanderern aufgeschlossen gegenüberstehen, dass ein großer Teil der Moslems nicht integrationsbereit ist, unsere Werte nicht bedingungslos respektieren will und die angestammte christliche Bevölkerung als „Ungläubige“ abwertet, was nicht akzeptiert werden kann.

Auch die bekannte Sozialwissenschaftlerin Necle Kelek ist skeptisch und vertritt die Ansicht, dass der Islam nur zur Religion werden kann, wenn er sich säkularisiert und dass erst dann die Anerkennung unserer Werte als wichtigste Voraussetzung für eine Integration problemlos werden würde.

Erfreuliche Entwicklung: Moderne Muslime wollen ihre Religion erneuern und suchen den Dialog mit Christen

Erfreulicherweise gibt es immer mehr Muslime, die daran arbeiten, den Islam zu verändern, Professoren, Autoren, Psychologen, Prediger, ganz normale Menschen, die dabei sind, den Islam zeitgemäß zu deuten und zu leben.

Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (6/2016) bringt zu diesem Thema einen umfassenden Beitrag und

Mit dem Flüchtlingsstrom sind bis heute mehr als 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland und etwa 100.000 nach Österreich gekommen. Ein großer Teil wird im Land bleiben, überwiegend Moslems, somit Menschen aus einem völlig anderen Kulturkreis. Im Interesse eines friedlichen Miteinanders müssen einheimische Bevölkerung und neu Zugewanderte aufeinander zugehen. Es gibt nur diesen Weg, andernfalls drohen zerstörerische Sozialkonflikte.

kommt zum Schluss, dass die Erneuerung längst bereits stattfindet.

Dazu zitiert das Nachrichtenmagazin einleitend einen der bekanntesten Reformvertreter des Islam in Deutschland, den Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide.

Das Problem für eine Erneuerung des Islam sei, so Khorchide, dass es keinen Islam als Einheit gibt. „Es gibt nur die 1,6 Milliarden Muslime, es gibt Schiiten und Sunniten, Sufis und Aleviten. Und es gibt ein riesiges Bildungsproblem bei so vielen, die über den Islam reden“.



Khorchide glaubt an die mekkanischen Verse, die universelle Werte, wie Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenwürde umfassen, denn „Gott ist kein Diktator“.

Wegen seiner Reformbemühungen wird der Islamwissenschaftler seit Jahren von Salafisten bedrängt und steht unter Polizeischutz.

Bitte um Ihren FREIWILLIGEN BEITRAG

zur Abdeckung der hohen Kosten zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit.

Wir finanzieren weitgehend aus eigenen Mitteln Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie der deutschen Volksgruppe in Slowenien.

DANK IHRER HILFE konnten wir auch im vergangenen Jahr wieder als NOTHELPER ganz wesentlich zum Überleben der deutschen Kulturvereine in Slowenien, aber auch zur Unterstützung vieler förderungswürdiger Projekte, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit in Kärnten beitragen.

Mit Ihrem Beitrag zeigen Sie Solidarität mit unserer dem Gemeinwohl dienenden Arbeit.

VIelen DANK!



Navid Kermani wurde im Oktober 2015 mit dem „Friedenspreis des deutschen Buchhandels“ ausgezeichnet.

Der radikale Islam des IS ist der missbrauchte Glaube

Weiters berichtet das Nachrichtenmagazin: Der deutsch-iranische Orientalist und Schriftsteller Navid Kermani hat bei einem Auftritt im vergangenen Oktober in der Frankfurter Paulskirche bei der Verleihung des „Friedenspreis des deutschen Buchhandels“ den liberalen Islam in Deutschland deutlich sichtbar gemacht.

Kermani setzt sich intensiv mit dem radikalen Islam auseinander und betont:

„Der radikale Islam, auf den sich die Terroristen berufen, braucht die Angst. Er braucht Feindbilder. Der Glaube ist dabei nicht das Problem, es ist der falsch verstandene, der verkürzte, der missbrauchte Glaube. Die Sprachgewalt des Koran wird hier zum politischen Dynamit.“

Kermani, der in seiner Frankfurter Rede „eine Verfalls-geschichte des islamischen Denkens“ zeichnet, gibt aber auch ein Versprechen:

Kritik am Islam sei nicht nur zulässig, „Kritik am Islam ist das Wesen im Islam. Wer als Muslim nicht mit dem Islam handelt, nicht an ihm zweifelt, nicht ihn kritisch befragt, der liebt den Islam nicht.“

Die saudischen Wahhabiten haben den Islam im Nahen Osten auf den Kopf gestellt

Die 30 Jahre alte Omnya Ebrahim wuchs in einem der ältesten Viertel Kairos auf und erinnert sich:



„Kein Mädchen trug damals ein Kopftuch. Dort lebten

auch koptische Christen. Wir haben das gar nicht gemerkt, dass wir verschieden sind“.

Mitte der Neunzigerjahre hat der sich auch im Nahen Osten rasch verbreitende wahhabitische Islam aus Saudi-Arabien alles verändert. Die Frauen auch in Kairo verschleierten sich. „Der Islam wurde auf den Kopf gestellt“. Omnya Ebrahim wehrt sich dagegen:

„Es geht doch nicht um Äußerlichkeiten, Schleier oder nicht, es geht darum, wie man mit anderen Menschen umgeht“.

Als Erstes gelte es den religiösen Analphabetismus unter Muslimen zu thematisieren

Die deutsch-iranische Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur lehrt an der neu geschaffenen „Akademie der Weltreligionen“ in Hamburg.

„Der Spiegel“ berichtet: Als Erstes müsse der religiöse Analphabetismus unter Muslimen thematisiert werden, schreibt Katajun Amirpur in ihrem Buch „Den Islam neu denken“. Es gibt viele, die nicht wissen, dass ihre Religion anders ist, sagt sie. Nicht patriarchal, nicht frauenfeindlich, nicht aggressiv.

Der Berliner Psychologe und ehemalige Islamist Ahmad Mansour knüpft hier an:

„Wir müssen umdenken und allen Muslimen klarmachen: Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit, das ist alles nicht verhandelbar.“



Der islamische Theologe und muslimische Gemeindevorsteher in Berlin, Ender Cetin, hat die Berliner Sehlik-Moschee (zweitgrößte Deutschlands) in den vergangenen Jahren der Außenwelt geöffnet. „Wir wollen ein Ort sein für Muslime und Nicht-Muslime sein. Wir setzen uns für einen toleranten Islam ein.“

Wie viele andere Reformanhänger wird auch Ender Cetin von Islamisten und Rassisten bedroht. Dennoch will er unbeirrt seinen Weg des Dialogs zwischen den Religionen fortsetzen.

Ja zum interkulturellen Dialog mit Muslimen

Es gibt Hoffnung, wenn immer mehr prominente, in Deutschland aber auch in Österreich lehrende Muslime engagiert in Moscheen und Islamzentren einen offenen Dialog der Religionen führen.

Da will der KHD nicht abseits und ist zum interkulturellen Dialog bereit. Wir rufen dazu auch die einheimische Bevölkerung auf, mit offenem Zugehen auf bereits integrierte und

integrationsbereite Zuwanderer zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen.

Der Kärntner Heimatdienst wird ehestmöglich zu einer öffentlichen Diskussion mit einem maßgeblichen muslimischen Repräsentanten einladen. Zur Moderation haben sich bereits fachkompetente Friedensforscher bereit erklärt.

Bemerkenswertes in Kürze

Für den Kärntner Heimatdienst sind derzeit die Flüchtlingskatastrophe angesichts der elementaren Auswirkungen auf die Zukunft unserer Heimat und seiner Menschen neben den Milliardenhaftungen für die Hypo-Bad-Bank HETA (Entscheidung der Gläubiger war bei Redaktionsschluss noch ausständig) die zentralen Themen, denen wir alle anderen Themen unterordnen.

Wir werden in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung DER KÄRNTNER ausführlich Stellung beziehen. Hier sei nur noch über einige andere wichtige Themen kurz berichtet.

Gemeinsames Gedenken an NS-Opfer und Nachkriegsopfer der Partisanen



Feldner und Sturm vor dem Denkmal für die NS-Opfer. Bild rechts: Sturm, Feldner, Stritzl und KHD-Vorstandsmitglied Andreas Mölzer beim Denkmal in Liescha.

Zum bereits traditionellen vorweihnachtlichen Opfergedenken trafen sich auch heuer wieder Exponenten des KHD, des slowenischen Zentralverbandes und der Plattform Kärnten mit Josef Feldner, Marjan Sturm und Heinz Stritzl an der Spitze, am Friedhof Klagenfurt-Annabichl, um der Opfer des Nationalsozialismus und in Leše/Liescha (Slowenien) um der nach Kriegsende von Partisanen ermordeten Kärntner Zivilpersonen zu gedenken.

Zur Erinnerung an alle Opfer von Menschenrechtsverbrechen und Mahnung an die heutigen und alle künftigen Generationen.

Der KHD nahm an 60-Jahr-Feier des slowenischen Zentralverbandes teil



Gegenseitige Besuche gibt es bereits seit 2010: Marjan Sturm beim 90-Jahr-Jubiläum des KHD. Feldner und Manner als Gäste des ZSO bei der Eröffnung der neuen Vereinsräume im März 2015.

Am 23. Jänner dieses Jahres feierte der Zentralverband slowenischer Organisationen im Rahmen eines Festaktes sein 60-Jahr-Jubiläum. Dort konnte Obmann Marjan Sturm auch den KHD-Vorstand Arno Manner begrüßen. In seiner Festrede skizzierte Sturm seine Konsensarbeit. „Es war richtig, das Ge-

spräch mit KHD-Obmann Josef Feldner zu suchen“. Marjan Sturm sprach bereits 2010 bei der 90-Jahr-Feier des KHD und erntete für seine versöhnlichen Worte viel Applaus (s. Foto).

10 Jahre erfolgreicher deutsch-slowenischer Dialog in Kärnten



Am 9. Oktober 2006 haben die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe, Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl und Marjan Sturm mit

Stefan Karner als Mediator im Klagenfurter Landhaushof in einer „Feierlichen Erklärung“ vor höchsten Repräsentanten aus Politik, der Kirchen, Militär und Wirtschaft ein Bekenntnis zu einem friedlichen Miteinander abgegeben.

Die in der Folge mehrfach national und international ausgezeichnete Kärntner Konsensgruppe“ hat ganz wesentlich zur Streitbeendigung zwischen Heimatverbänden und Slowenienorganisationen beigetragen. Die Zeit der Konfrontation in Kärnten hatte mehr als ein halbes Jahrhundert gedauert.

Zum 10-Jahr-Jubiläum im kommenden Herbst wird eine Publikation über den so erfolgreichen Weg der Verständigung erscheinen.

TTIP Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Durch den Abschluss des „Transatlantischen Freihandelsabkommen“ (TTIP) droht in Österreich die totale Konzern-Allmacht. Besonders empörend ist, dass die Verhandlungen drüber geheim unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen.

Der KHD wird alle Aktivitäten unterstützen, die zwingend auf eine Volksabstimmung in allen EU-Staaten abzielen.



Wir werden auch heuer wieder förderungswürdige Projekte unterstützen. Wie schon in den vergangenen Jahren will der KHD auch 2016 seine gemeinnützige Subventionspolitik fortsetzen. Ein besonderes Anliegen wird neben der Unterstützung der Deutschen Volksgruppe in Slowenien, die Förderung von Jugendprojekten sein.